

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 6

Artikel: Die Zerstörung unserer Umwelt
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141767>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wenn sie diese höhere Intelligenz dafür gewinnen kann, im Kampf der neuen Arbeiterklasse eine aktive Rolle zu übernehmen, so könnte der Gewerkschaftsbewegung daraus ein neuer, ungeahnter Aufschwung erwachsen.

Es wird für die Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung sein, einzusehen, dass heute anstelle der Gefährdung des klassischen Arbeiters von Anno dazumal eine andere, eine umfassendere getreten ist: *die Gefährdung des Menschen schlechthin*. Daraus wären die Perspektiven für das ausgehende zwanzigste Jahrhundert abzuleiten und festzulegen. René Mahrer

Die Zerstörung unserer Umwelt

In einer Sondernummer, betitelt «Die Macht des Pentagon» (s. «Neue Wege», Sept. 1969), veröffentlichte «The Progressive», die amerikanische linksorientierte Monatsschrift, eine Untersuchung über die Militarisierung der USA und ihre Folgen für Amerika und die Welt.

Ende April 1970 nun erschien eine weitere Spezialausgabe des «Progressive», die sich mit dem nicht minder ernsten Problem der Umweltverwüstung befasst. Da auch das alte Europa in Gefahr steht, seinen Lebensraum unbewohnbar zu machen, möchten wir unseren Lesern die redaktionelle Einleitung der erwähnten Sonderausgabe vom April dieses Jahres vorlegen.

Es mag manchen Lesern als Schwarzmalerei vorkommen, wenn hier festgestellt wird, dass der Mensch und die Natur, die er verwüstet, dem Untergang entgegeneilen. Aber die brutale Tatsache besteht, dass die vier Reiter der Apokalypse – Überbevölkerung, Verschmutzung, Mangel an Lebensmitteln und Nuklearkrieg – unaufhaltsam ihrem Ziel, der Vernichtung unserer Welt, entgegenstürmen.

Der Prozess der Verwüstung unseres Planeten geht zwar schon lange vor sich. Amerika ist so besessen von Wirtschaftswachstum, Komfort und immer gewaltiger Produktion, dass es, ohne Rücksicht auf den Preis, der für die Verwüstung und den Raub an unserem nationalen Erbe bezahlt werden muss, bedeutend zur Krise in unserem Erdteil beigetragen hat. Zweifel zu hegen am geheiligten Glauben, dass wirtschaftliches Wachstum immer und unter allen Umständen ein Segen sei, bedeutet, wie das «Wall Street Journal» kürzlich feststellte, Zweifel am amerikanischen Wunschtraum selbst.

Doch dieser Traum hat sich zum Alptraum gewandelt. Eine nicht mehr zu kontrollierende Technologie, einzig vom Profitstreben beherrscht, hat seit Jahrzehnten unsere Luft verpestet, unseren Boden ausgelaugt, sie hat unsere Wälder entblößt und unsere Gewässer verseucht. Das Resultat ist eine Umwelt, die krankt an gefährlichen Unmengen von Gasen, Unrat, Rauch, Lärm, Schmutz, Chemikalien, Hässlichkeit und verrotteten menschlichen Siedlungen. Und die Krise wird verschärft durch eine ständige, absolut vernunftwidrige Zunahme der Bevölkerung.

Diese sich verschlimmernde Krise erregte bis vor kurzem kaum Be-

denken. Es ist eine von den seltsamen Erscheinungen unserer Zeit, dass das Thema unserer Umwelt auf einmal so ungewöhnlich grosses Interesse beansprucht nach weiss wieviel Jahren Gleichgültigkeit und Vernachlässigung.

Jetzt will auf einmal jeder dabei sein. Auch «Time», «Life», «Fortune», «Newsweek» usw., um nur einige der elegantesten Publikationsmittel des Establishment zu nennen, haben der Bedrohung unserer Umwelt eine auf-fallend intensive Behandlung angedeihen lassen. Die Tagespresse ihrerseits überbot sich mit Darstellungen und Leitartikeln zum Thema, die Fernsehnetze schliesslich konnten sich nicht genug tun mit Spezialsendungen, um ihre Präsenz am Schauplatz zu markieren.

Die Politiker, im Ungewissen, ob unsere Angst wegen der Verschlimmerung unserer Lebenssphäre eine blosse Modeströmung oder ein Kreuzzug sei, haben sich, wie vorauszusehen war, entschieden auf Nummer «Sicher» zu setzen. So haben sie sich – vom Präsidenten Nixon bis zum einfachen Gemeinderat – auf das Gesprächsthema gestürzt und benützen es als neues Instrument einer volksverbindenden Politik. Besonders Mr. Nixon, der früher nie viel Interesse für diese Angelegenheit aufbrachte, liess nun laut verkünden, wie wichtig auch ihm die Sache sei. Aber auch jetzt steckt mehr Rhetorik als Zupacken hinter seinen Erklärungen, sonst würde er die Macht und die finanziellen Mittel, über die er schon jetzt verfügt, ganz anders einsetzen. Seit seinen ökologischen Auslassungen vom Anfang dieses Jahres legt er erneut viel mehr Gewicht auf eine Erweiterung der Rüstung, auf die Entwicklung noch «besserer» ABM- und MIRV-Nuklear-Raketen.

Die Hauptschuldigen an der Verschmutzung unserer Atmosphäre, die Industriellen, verlangen ebenfalls ihren Anteil am Kampf. Einige von ihnen leisten sich Vierfarben-Inserate in den vorerwähnten Manipulationsmedien, um ihren Lesern zu beweisen, dass auch sie das Land, die Gewässer und die Wälder lieben, die sie um des Profites willen nach wie vor zerstören. Ihre Begeisterung für die Rhetorik des grossen Lebensraumkampfes hindert sie nicht daran, ihre politische Macht einzusetzen, wo es gilt, die Strafe für Verschmutzung zu mildern und die Anwendung der vielen schon bestehenden Gesetze zu hintertreiben. Joseph Wood Krutch, der bekannte Essayist, erwähnt zum Beispiel eine gesetzliche Vorschrift (gegen die Verschmutzung der Atmosphäre), die in Grafschaft Pima (Arizona) erlassen wurde. Diese Vorschrift machte eine Ausnahme. Sie galt nicht für die Kupferschmelzbetriebe, die an Ort und Stelle 90 Prozent der Verschmutzung bewirken.

Das plötzliche und überraschende Auftauchen des Themas «Umweltverschmutzung» muss eine Menge von Problemen stellen. Das wichtigste von ihnen lässt sich so formulieren: Sollte die Beschäftigung mit ökologischen Problemen dazu dienen – oder hat sie schon dazu gedient? –, das Misstrauen der Öffentlichkeit und den Kreuzzugseifer fortschrittlicher Gruppen von den andauernden tragischen Vorgängen in Vietnam abzulenken, oder von einer imperialistischen Aussenpolitik, die weitere Vietnams provozieren muss? Soll sie ablenken von der verhängnisvollen Auf-rüstung, die unseren Planeten noch viel schneller vernichten könnte als der vielseitige Vorgang der Pollution? Soll die Umweltfrage am Ende ablenken

von der kalthäutigen und andauernden Vernachlässigung der Armut und von Rassenschwierigkeiten in den Vereinigten Staaten?

Dies sind alles verständliche Befürchtungen. Das frühere Mitglied des Obersten Gerichtshofes, Arthur Goldberg, brachte sie zum Ausdruck, als er vor dem amerikanischen Verband der Schuldirektoren erklärte, Rassendiskriminierung, Armut inmitten von Reichtum und Slumquartieren und die Verfremdung der Jugend verschmutzten unsere Umwelt ebenso sehr wie Abfälle und Fabrikrauch.

Arbeitslosigkeit und die Verfremdung der Benachteiligten und der jungen Generation schaffen die schlechte Lebensphäre. Unrat und Nebel und Rauch verschmutzen wohl unsere Umgebung, aber Hass und Vorurteil besorgen dies in noch stärkerem Masse. Eine Verbesserung des Umweltzustandes erfordert eine Sanierung der Gewässer und den Kampf gegen Luftverschmutzung, *aber ebenso sehr bessere Erziehungs- und Anstellungsverhältnisse*.

Mr. Goldberg liegt sehr daran, unter der Krise unserer Lebensphäre auch lange vernachlässigte soziale und wirtschaftliche Anliegen einzureihen, was wir sehr vernünftig finden. Dass man unsere Umwelt von Unrat und Schmutz befreien sollte, ohne die sozialen Verhältnisse zu berühren, ist unsinnig. Korrupte oder schmutzige politische Verhältnisse, die einer Handvoll seniler Südstaatler mittels des Senioritätssystems erlauben, die gesetzgebende Behörde eines sogenannt freien Volkes zu beherrschen – politische Verhältnisse dieser Art gehen Hand in Hand mit Rassismus, Slums, Armut und vergifteten Flüssen.

Leser dieser Sondernummer werden bemerken, wie sehr unsere wissenschaftlichen Mitarbeiter die Zusammenhänge zwischen Umweltsanierung und den oben erwähnten Problemen betonen. Für sie ist der Vietnamkrieg eines der Haupthindernisse im Kampf um eine Besserung der Umweltbedingungen. Sie gehören denn auch zu den schärfsten Kritikern jenes Krieges und des riesigen USA-Militärbudgets. Die echten ökologischen Streiter und die Kämpfer für den Frieden haben *ein gemeinsames Ziel* – eine Welt ohne Krieg, Armut, Rassismus und Verschmutzung.

Dieses gemeinsame Ziel aber erregt den Hass all jener Rechtskreise, die so schöne Worte zum Kampf gegen Umweltgefährdung beitragen, während sie jedem Programm grundlegender Reformen schärfsten Widerstand entgegensemzen. Sie betrachten die heutige Bewegung für eine Rettung unserer Lebensphäre mit gutmütiger Toleranz, solange sie sich auf schöne Worte beschränkt, wie einst in den fernen Tagen, als man die Naturschutzbewegung als eine Sache von harmlosen «Spinnern» ansah.

Was immer die Bewegung für den Schutz unserer Umwelt einst gewesen sein mag – heute bedeutet sie nichts anderes als *überleben* wollen.

Wer für fundamentale Reformen kämpft, weiss, dass er auf dem rechten Weg ist, wenn die Wortführer des industriellen Establishment von ihrer verächtlichen Toleranz für verbalen Naturschutz zum Angriff auf Leute übergehen, die im Verlauf des Kampfes um eine Sanierung unserer Umwelt ihre Profite und ihre Macht beschneiden möchten.

So liest man denn zum Beispiel in der «National Review», einem Sprachrohr der äussersten Rechten eine Warnung vor «einem Klima der Hysterie, das die Frage der Pollution gefährde». Man fürchtet, dass «die Begeisterung für die Erhaltung der Natur in eine gemeine Waffe für jene umgeschmiedet werden kann, die ganz einfach gegen das Geschäftemachen eingestellt sind». Oder man ist empört über die Auffassung, «dass es zwischen Wirtschaft und dem Schutz unserer Lebenssphäre unfehlbar zum Konflikt kommen muss».

Das politische Vorgehen der Bewegung lässt sich noch kaum in seinen Umrissen feststellen. Gewisse Kolumnisten gehen so weit, zu behaupten, sie sei vorderhand überhaupt nur Eyewash. Das «Fortune»-Magazine, eines der berühmt-berüchtigten Medien der Manipulierung, brachte zum Ausdruck, was vorläufig in den USA weite Kreise denken. Für Politiker ist die «Rettung unserer Umwelt» das ungefährlichste Thema, denn niemand gibt sich als Gegner zu erkennen.

Die Politik der Rettung unserer Lebenssphäre, die Politik des Überlebens, wie sie der «Progressive» sieht, wird im Gegenteil mächtige Feinde haben, daran ist nicht zu zweifeln. Um so mehr, als sie uns in vertrauten Gesichtszügen entgegentreten werden. *Der Kampf um das Überleben wird eben ein solches Mass von Ausgaben der öffentlichen Hand, so viel behördliche Eingriffe und Kontrollen mit sich bringen, dass er einer politischen und sozialen Revolution gleichkommen wird.* Gegenüberstehen werden sich diejenigen, die unsere heutigen ungenügenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Institutionen in den Stand setzen wollen, unsere geschädigte Umwelt der Gesundung entgegenzuführen, und jene, die ihr erstes und alleiniges Ziel in der Erhaltung privaten Profites und der Macht der Korporationen sehen und die darum bis zuletzt für die Institutionen des Status quo kämpfen, die ihnen ihre Privilegien garantieren.

Es wird für den Bürger nicht leicht sein, in den nächsten Wahlen das Rechte zu tun. Er wird seine Mitstreiter erkennen an ihrer Bereitwilligkeit, die behördlichen Kompetenzen so auszudehnen, dass sie gegen Verschmutzung und andere Umweltgefährdung einen positiven Schutz leisten. Sie werden bereit sein, die nötigen (riesigen) Mittel einzusetzen, um sehr dringende Reformen durchzuführen. Sie befürworten gesetzliche Möglichkeiten für Geburtenkontrolle, erzwingen strengste Durchführung der Antipollutions-Massnahmen und scheuen sich nicht, Verletzungen dieser Gesetze mit massiven Strafen zu ahnden. Darüber hinaus suchen sie nach Methoden, die weitere Verschmutzung der Gewässer und der Luft durch Industrie und Einzelpersonen überhaupt zu verunmöglichen.

Wenn weder die eine noch die andere unserer Parteien sich früh genug für diese Ziele einsetzt, könnte eine längst in Aussicht genommene neue politische Gruppierung Gestalt annehmen. Sie würde jenen eine Chance geben, die die wirtschaftliche wie die politische Pollution nicht weniger als die physische Verschmutzung wegräumen und den verhängnisvollen Status quo durch demokratische Mittel beseitigen wollen.*

* Siehe S. 190 «Auswege aus der Krise»

Die junge Generation hat gegen den unmoralischen Krieg rebelliert, sie verurteilt ein ungerechtes soziales System und die heutige Scheinkultur. Sie ist es, die den Vorstoß führen muss, sie allein kann einer demokratischen Aktion den nötigen Dynamismus verleihen.

Nachwort der Redaktion: Die Forderungen, die in den vorstehenden Ausführungen vertreten werden, lassen sich, sinngemäss angepasst, auch auf schweizerische Verhältnisse übertragen. Die Übelstände sind bei uns, auch in den industriellen Regionen, noch nicht so weit gediehen wie in den USA. Wir werden aber mit viel grösserem Einsatz der fortschrittlichen Kräfte des Volkes darüber wachen müssen, dass auch unsere Wirtschaft nicht länger gegen den Grundsatz verstösst, der von Dieter Zeller (*«Neuer Bund»*, Nr. 2, 1970) so prägnant formuliert wurde: «Jede ökonomische Tätigkeit, die sich als Selbstzweck betrachtet und vom ‚Faktor Mensch‘ abstrahiert, ist in ihren Grundlagen verfehlt und daher abzulehnen.» Red.

Die Protestwelle in den USA

«Wir können Armut, Rassendiskriminierung, Inflation und Pollution nicht über Nacht aus der Welt schaffen. Aber wir können auch nicht einmal anfangen, sie zu bekämpfen, wenn nicht Schluss gemacht wird mit dem Krieg in Vietnam.»

Dies sind die Worte T. P. Plimptons, der als Präsident der Anwaltskammer von New York den Demonstrationsmarsch (20. Mai 1970) dieser höchst konservativen Gruppe von Wall-Street-Advokaten anführte. Sie forderten Nixon auf, Frieden zu schliessen.

Doch Nixon war schon immer gegen solche Äusserungen der Presse. Ihm verdankten die Amerikaner die Einführung der Mundt-Nixon Bill im Jahre 1948, einer Massnahme zur Unterdrückung sogenannter subversiver Tätigkeit, die lange vor McCarthy der freien Meinungsäusserung ein Ende machen wollte.

Als Johnson 1965 erstmals Kampftruppen nach Vietnam beorderte, schrieb Nixon einen Brief an die *«New York Times»* (29. Oktober 1965), in welchem er erklärte, ein Sieg des Vietkong wäre das Ende der Redefreiheit nicht nur für Asien (wo sie kaum je existiert hat. D. Ü.), sondern auch für die USA», ja, «wenn der Vietnamkrieg verlorengehe, werde das Recht der Meinungsäusserung auf der ganzen Welt verschwinden». «In Kriegszeiten hat die Erhaltung der Freiheit für alle den Vorrang vor der Freiheit des Individuums auf freie Meinungsäusserung – die den Feinden der Freiheit nützen würde.» So Richard Nixon.

Doch was soll man erwideren, fragt *I. F. Stone* in seinem Wochenblatt vom 1. Juni 1970, wenn Gegner Nixons darauf hinweisen, dass die Feinde der Freiheit grössten Gewinn ziehen aus der idiotischen Verbohrtheit, mit der wir amerikanische Militärkräfte in einem Krieg in den Sümpfen Asiens festlegen, unsere Wirtschaft ruinieren und die Nation in zwei feindliche Lager aufspalten – und dies eines Konfliktes wegen, der mit den wirklichen